

Kaukasische Post

№ 31
2022-11-26

Die Geschäftsstelle befindet sich in der Wohnung des Vorstehers des V. V. des Verb. d. transk. Deutschen, G. Tröbner, Dists. 2. Stadteil, Subaleij-Strasse (frühere Malo-Sintebraja) Nr. 11. 1. Etage.

am Mittwoch und am Samstag
(vorläufig nur 1 mal wöchentlich am Sonnabend).

Geschäftsstunden: werktäglich von 9—11 Uhr vorm. — Sprechstunde der Redaktion: daselbst — werkt. von 6—7 Uhr abends.

Nr. 31

Dists, Sonnabend, den 26. November 1921

13. Jahrgang.

Politische Nachrichten.

Deutschland. — In verschiedenen Stadtteilen Groß-Berlins haben Minderungen von Nahrungsmittelpreisen stattgefunden. Die Reichsregierung sowie die preussische Regierung haben Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Ausschreitungen getroffen. — Im Reichstag und im preussischen Landtag haben die kommunistischen Abgeordneten als Antwort auf die verneinenden Erklärungen der zuständigen Regierungsvertreter in betreff Freilassung der wegen Beteiligung an dem Märzputsch (Arbeiterversammlung in Mitteldeutschland) inhaftierten Parteigenossen Vorschläge arrangiert. Auf den Galerien wurden Hochrufe auf Moskau und die Russische Sowjetrepublik laut. Die Sitzungen mußten abgebrochen werden. — Der Vorstand der Sozialdemokr. Partei verurteilt die Mitglieder dieser vor etwaiger Verhaftung durch die Kommunisten und die Unabhängigen, die systematisch einen neuen Aufstand vorbereiten, ausgehend von der Erwägung, daß die in Deutschland gegenwärtig allgemein herrschende Misshimmung über das Anwachsen der Lebensmittelpreise und den von dem radikal gefärbten Teil der Arbeiterschaft angebrochenen Generalstreik den nötigen Nährboden für Massenbewegungen bilde. Die Mehrheitsfraktionen erklären zugleich, daß sie bereit seien, ihre Sätze im Kabinett aufzugeben, falls die Arbeiter meinen, daß ihre Interessen durch die Kommunisten und Unabhängigen besser vertreten werden würden als durch sie, in welchem Falle Neuwahlen in den Reichstag unerlässlich wären. — Die Zeitungen aller Parteischattierungen verlangen, daß dem Steigen der Nahrungsmittelpreise durch energische Maßregeln, vor allem durch konsequente Verfolgung der Spekulation, Einhalt geboten würde. — Der Reichszentralrat Dr. Bartsch hat die innenpolitische Lage zunächst mit den Führern des Zentrums und der Sozialdemokratischen Partei und dann im Kabinett eingehend besprochen. Ueber die Ergebnisse dieser Beratungen verlautet noch nichts Bestimmtes. — Die amerikanische Besatzungstruppen im Rheinland werden zum Teil (2000 Mann bis Ende dieses Monats) zurückgezogen. Die erste Partie (400 Mann) sollte heute (26. 11.) abmarschieren. Die Mannschaften werden nach New-York eingeschifft werden. — Der Oberste Rat wird in den ersten Tagen des Januarmonats zur Frage der nächsten Wiedergutmachungs-Zahlung D. 5 (500 Millionen Goldmark, fällig am 15. 1. 22) Stellung nehmen, doch dürfte ein Aufschub (Proratorium) für dieselbe angeht, der auf die völlige Beilegung der deutschen Wirtschaft gerichtetes Postit Frankreich kaum zu rechnen sein. — 50% der industriellen Betriebe des Saar-Gebiets (betrachtlich nach dem Verfall der Vertrag am 15. Jahre von Frankreich okkupiert) sind im Zusammenhang mit dem Fallen der Mark von Ausländern angekauft worden, zum größten Teil von den deutschen Mittelstands, der sich immer mehr der Gefahr ausgesetzt sieht, von Haus- und Hof verdrängt zu werden. — Aus Deutchen wird berichtet, daß die polnischen Ansprüche sich nun auch auf Niederschlesien und Breslau ausdehnen beginnen, welches die polnische Presse („Golos Naroda“ u. a.) als die „heilige Scholle der Wäsen“ bezeichnet, die natürlich nicht im deutschen Besitz belassen werden dürfe. Die ober-schlesischen Deutschland verbliebenen Kreise Sinsburg, Gleiwitz, Ratibor, Beuthen und Oppeln sollen das nächste Ziel des polnischen Strebens nach Gebietsweiterung für Rechnung des deutschen Reiches sein. — Die deutsch-polnischen Verhandlungen über die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen in Oberschlesien haben unter dem Vorbehalt des von der Entente an die Spitze der betreffenden

Kommission gebildeten ehemaligen Schweizer Bundesratspräsidenten Kallonda (?) am 28. d. Mts. in Genf begonnen. — Zahlreiche Berichterstatter ausländischer Blätter beschäftigen die „Deutschen Werke“ in Spanien, die während des Krieges für das deutsche Heer Kriegsmaterial herstellten, nach dem Friedensschluß von Versailles aber auf den Friedenszustand eingestellt worden sind, und haben sich hierbei von der Grundlosigkeit der Forderung der Entente, daß die Werke zerstört würden, weil sie angeblich nach wie vor Kriegsbedarfsmaterial anfertigen, überzeugt. Diese Forderung ist auch in bezug auf die „Deutschen Werke“ in München erhoben worden, wo es zu lebhaften Protestkundgebungen seitens der nach eilichen Zehntausenden zählenden Arbeiter kam. Nun verkündet, daß der seinerzeit angemeldete Einspruch der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit von General Wiggart, als Stellvertreter des nach dem Fernen Osten (!) abgereisten Generals Koch, auf Beschluß der Interalliierten Kommission in Paris mit Zuziehung von deutschen technischen Sachverständigen näher geprüft werden und die Ausführung der Entente-Forderung verlässlich unterbleiben soll. — Das franz. Kriegsgericht (in Lille) hat mehrere deutsche Offiziere und Soldaten, die seit dem Kriege dort inhaftiert waren, wegen angeblich von ihnen begangener gemeiner Verbrechen zu Freiheitsstrafen (5 Jahre Gefängnis) bzw. lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt.

England. — Das Lloyd-Kabinett will nach wie vor von einer Bereinigung Wiens mit dem übrigen Zentral- und Ost-Europa nichts hören. Lloyd George beabsichtigt nun, auf neue mit den irischen Vertretern (Sinn Féinern) zu verhandeln. Wenn es zu einem befriedigenden Ergebnis dieser Verhandlungen kommen sollte, wird Lloyd George am 1. Dezember nach Washington zur Abrüstungskonferenz abreisen. — Die französische Antwort auf die Protestnote Englands in Sachen des Angora-Abkommens (i. vorige Nummer) hat die engl. Regierung nicht gelten lassen und sie mit einer neuen Note beantwortet, in der sie bei ihrer früheren Auffassung verharrt. Die italienische Regierung hat sich auf die Seite Englands gestellt. Die Spannung zwischen den beiden Lagern nimmt zu, und wird Briand infolgedessen Washington verlassen und die Rückreise nach Paris antreten.

Amerika. — Auf der Abrüstungskonferenz treten bedeutende Gegensätze zutage. Japan will von einer Verringerung seiner Seestreitkräfte unter allerhand Vorwänden nichts hören, Frankreich seine Landstreitkräfte nicht verringern und China verlangt, daß man ihm alle Bewaffnungsfreiheit lasse. Der Abrüstungsplan des amer. Staatssekretärs Hughes scheint somit wenig Aussicht auf Annahme seitens der genannten Großmächte zu haben. Der Profekt Tischiterins (Sowjet-Rußland) gegen die von der Konferenz zu erwartenden Beschlüsse betreffend Sibirien und die Republik des Fernen Ostens (Wladiwostok etc.), wie das zukünftige Kräfteverhältnis am Stillen Ozean überhaupt, und das Fehlen Rußlands und Deutschlands auf der Konferenz, zu der diese Staaten bekanntlich keine Einladung erhalten haben, werden von einem Teil der amer. Presse, die zu Wilson, dem Gegner des Präsidenten Harding, hält, dazu benutzt, um gegen letzteren und seinen „Weltfriedensgedanken“, den diese Zeitungen für „verfehlt“ erklären, Stimmung in Lande zu machen. Nach alledem zu urteilen dürfte ein Fiasko der Abrüstungskonferenz unausbleiblich sein.

Die Grenze im ober-schlesischen Abtinnungsgebiet

scheint, nach Mitteilungen in den letzten hier eingetroffenen deutschen Zeitungen, in folgender Weise gezogen zu sein:

Polen erhält die beiden südlichen Kreise Wroslaw und Myslnik. Der Industriebezirk wird aufgeteilt: Deutschland behält die beiden westlichen Kreise Gleiwitz u. Sinsburg, sowie Beuthen-Stadt, Polen erhält Königshütte, Beuthen-Land, Rattowitz, Stadt und Land. Die beiden Kreise im Osten Oberschlesiens Tarnowitz und Lublitz fallen im östlichen Teil Polen, im westlichen Teil Deutschland zu. Deutschland behält ferner die übrigen Kreise im Nordwesten und in der Mitte, nämlich Kosenberg, Kreuzburg, Dornell, Groß-Strehlis, Tost, Kojel, Oberrigau, Loobschitz und Ratibor.

Das Generalsekretariat des Völkerbundes hat nach Beendigung der Verhandlungen des Völkerrats über die ober-schlesische Frage (12. Okt.) eine Mitteilung herausgegeben, eine Art Rechtfertigungsschrift, in der auf die großen Schwierigkeiten der zu lösenden Frage (betreffend Grenzbestimmung) hingewiesen wird. Infolge der starken Vermischung der Bevölkerung sei es nicht möglich gewesen, eine Grenzlinie festzulegen, bei der nicht Bewohner, die deutsch gemüht haben, zu Polen kamen und umgekehrt. Zugleich hätte eine Grenzlinie, welche nur den Ergebnissen der Volksabstimmung gefolgt wäre, wirtschaftlich zusammengehörige Gebiete zerhackt und damit die schlimmsten Folgen hervorgerufen. Anzuerkennen hätte eine Grenzlinie, welche nicht das Industriegebiet durchschneidet, eine Enttäuschung für große Bevölkerungsteile gebracht, die Wünsche und Hoffnungen hegen, die durch das Ergebnis der Abstimmung erweckt worden wären. Die Viererkonferenz des Völkerrats sei in Anbetracht dessen zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Grenzlinie weder ausschließlich nach dem Resultat der Volksabstimmung, noch allein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, noch nach einem Mittelweg zwischen diesen beiden Methoden gezogen werden könnte. Sie empfiehlt daher eine neue Grenzlinie, u. s. w.

Die Kosten der Rheinlandbesetzung.

Die dem Reichstag zugegangene Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über die Kosten der Rheinlandbesetzung kommt für die Zeit bis Ende März zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Kosten der Besatzungsmächte, die Deutschland erhalten muß, belaufen sich auf 3940 Millionen Goldmark.
2. Die Leistungen Deutschlands für Unterhaltung der Besatzungstruppen, für Grundstücke, Bauten, Einrichtungen, Transporte, Heizung, Beleuchtung etc. betragen 7314 Millionen Papiermark. Die finanziellen Lasten sind dadurch, daß entgegen Art. 8 des Rheinlandabkommens die Truppenstärke weit größer ist als die deutsche Friedensstärke — diese betrug rund 70 000 Mann, dagegen die französische Rheinarmee allein 120 000 Mann — und durch die Maßlosigkeit der Ansprüche ins Unermeßliche gesteigert worden.

Die Denkschrift bewert zum Schluß, daß eine Besetzung dieser unerträglichen Verhältnisse nur möglich ist, wenn die Besatzungsmächte eine durchgreifende Verabsicherung erfahren und damit ein Zustand hergestellt wird, der mit dem Zweck der Besetzung und mit dem Sinne des Friedensvertrages und Rheinlandabkommens im Einklang steht.

Der Erfolg der Frankfurter Messe.

Schon das äußere Bild der Frankfurter Herbstmesse unterschied sich wesentlich von seinen Vorgängern. Tausende waren zu jeder Tagesstunde auf dem weiten Messengelände; fast an jedem Stand hielten Besucher, die nicht nur Schaulustige waren; in allen Sprachen wurde verhandelt. Alle Ausscheller sind reiflos zu werden. Vor allem scheint sich zu erfüllen, was Frankfurt von dem Ausbau seiner Herbstmesse erhofft hatte: die Textilmesse zu werden. Soweit es sich um Bedarfsartikel wie Leinen, Wolle, Baumwolle handelt, war der Erfolg derart, daß Aufträge schon am 3. Tage nicht mehr angenommen werden konnten. Teilweise hat man die Ware rationieren müssen, um möglichst allen Kunden gerecht zu werden. Die Firmen hatten dann schon zu dem größten Teil ihre Stände verlassen können, da sie vollständig ausverkauft waren. Hauptkäufer waren die Ausländer, besonders Holland, Skandinavien und die Schweiz; die Einkäufer kauften jedes Quantum, vor allem Qualitätsware, nach Preisen fragte man kaum. Fast in gleichem Maße gestalteten sich die Geschäfte in der Maschinenbranche; auch hier sind alle Firmen auf lange Zeit hinaus mit Aufträgen überreichlich versehen, und auch hier trat das Ausland als Hauptkäufer auf. Die Schuhbranche hatte unter den unheimlichen Überpreisen, die täglich wechseln zu sehen. Die Preise sogen ständig an, so daß die Verkäufer besonders vorichtig sein mußten, um nicht teurer einzukaufen, als sie später verkaufen könnten. Hier war nicht soviel Export, Fertigfabrikate kamen für den Export kaum in Frage. (Berl. Tzbl.)

Die Welt Handelsflotte 1921.

Der Bestand der Handelsflotten der wichtigsten Staaten hat sich seit den letzten Friedensjahren bedeutend vergrößert. Die Verluste an Schiffen, die der Weltkrieg mit sich brachte, sind durch eine rege Schiffsbautätigkeit nicht nur ausgeglichen, sondern wieder so reichlich wettgemacht, daß im Juni 1921 11,7 Mill. Tonnen Schiffsraum mehr zur Verfügung standen als zu dem gleichen Zeitpunkt 1914. Hat also der Weltkrieg es nicht vermocht, die Welthandelsflotte zu vermindern, so ist durch ihn doch ein ganz anderes Bild in der Schiffszugehörigkeit geschaffen worden.

Bestand der Handelsflotten in 1000 Tonnen:

	1914	1921
Großbritannien	18877	19288
Britische Kolonien	1407	1950
Vereinigete Staaten von Nordamerika	1837	12314
Japan	1642	3063
Frankreich	1918	3046
Italien	1423	2378
Norwegen	1923	2285

J e n n i l l e t o n .

„Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein, und wir alle sind es!“

Der ehemalige König Wilhelm II. von Württemberg ist hochbetagt (geb 1848) am 2. Oktober d. J. in Besenhausen, dem Orte, den er sich als „Herzog von Württemberg“ nach der Wahlung ausgerufen hatte, sanft verschieden. Der Verstorbenen hatte sich nach seiner Thronabsetzung von allen Einrichtungen des öffentlichen Lebens zurückgezogen, auch hier der erste treueste Diener seines Staates und seines Volkes, das er aus tiefer Seele liebte und das ihn dafür verehrt. Doch wurde seine Teilnahme für die Geschichte seines Staates u. seines Volkes, wie ja allgemein bekannt, nicht geringer. Sein Heimgang wird daher auch überall, wo Württemberg u. Schwaben wohnen, und nicht nur in den Grenzen des Schwabenlandes, tief betrauert.

Besondere Beziehungen hat König Wilhelm II. bis zuletzt zu dem Deutschen Ausland-Institut (Eutrigart) unterhalten, das sich von Anfang an der Zuneigung und Förderung desselben erfreute. In der Geschichte dieses Instituts wie überhaupt der Pflege aller Bestrebungen zugunsten des Auslandsdeutschens und der Annäherung zwischen Ausland und Heimat bleibt der Name des edlen und vortrefflichen Fürsten, seines Schirmherrn, unvergessen, gleichwie bei der Gesamtheit aller Württember-

Holland	1471	2207
Spanien	333	1094
Schweden	392	1037
Dänemark	768	866
Deutschland	5098	654
Griechenland	820	576

Vor allem fällt der ungeheure Aufschwung der Vereinigten Staaten in die Augen, die ihre Handelsflotte um fast das Achtfache vergrößert haben, während Großbritannien und Frankreich nur einen verhältnismäßig geringen Zuwachs verzeichnen können. Dieser rasche Aufstieg Amerikas ist hauptsächlich auf seine rege Bautätigkeit an Schiffen während der letzten Jahre zurückzuführen. Deutschland, das vor dem Kriege, allerdings in weitem Abstände hinter Großbritannien, aber den anderen Staaten weit voraus, die zweitgrößte Handelsflotte der Welt unterhielt, ist zurzeit als seefahrende Nation von allen Ländern, mit Ausnahme Griechenlands, überflügelt. Dieser Tiefstand der deutschen Seehandelsflotte wird jedoch nicht von Dauer sein. Im Gegensatz zur gegenwärtigen deutschen Schiffsbautätigkeit hat diese in der übrigen Welt in neuerer Zeit merklich nachgelassen. Die Wiederbauproduktion der deutschen Handelsflotte, wofür bekanntlich den deutschen Schiffsunternehmungen Reichsbürgschaften bewilligt sind, hat sich im Jahre 1921 stark weiter entwickelt. So sind allein von den Hamburger Schiffbau-Gesellschaften im zweiten Quartal dieses Jahres 16 neue Schiffe mit einem Raumgehalt von 105 000 T. in Dienst gestellt worden. Seit Ende 1920 hat sich der deutsche Schiffbestand (ohne die Holzschiffe) von rund 428 000 T. auf gegenwärtig rund 700 000 T. erhöht. Im Bau befinden sich zurzeit nach Angaben in der Fachpresse bei den größten deutschen Werften weitere 45 Schiffe. Außer durch Neubauten ist eine Wiedervergrößerung der deutschen Handelsflotte auch durch Kauf von Schiffen im Ausland, insbesondere durch Rückkauf früher deutscher Schiffe angebahnt. Auf diesem Wege sind bisher von England bereits 10 Dampfer von zusammen über 21 000 T. sowie ein Passagierdampfer mit 21 000 Tonnen erworben worden. Auch in Schweden wurde in letzter Zeit Schiffsraum von über 18 000 T. angekauft. Der Hauptteil der deutschen Schiffe ist heute unter den veränderten Verhältnissen der deutschen Schifffahrt der Dampfer mittlerer Größe von 10- bis 15 000 T. Raumgehalt. (Berl. Tzbl.)

Statistisches über Promovtionen in Preußen.

Die Gesamtzahl der im Studienjahre vom 1. April 1919 bis Ende März 1920 an den preussischen Universitäten Promovierten*) beträgt 2449! Nach dem un-

*) Zur Doktorwürde Befördere.

ger ohne Unterschied des politischen Bekenntnisses und des Glaubens.

Die Persönlichkeit des besten Mannes in Württemberg und echten Deutschen König Wilhelm II. wird auf trefflichste charakterisiert durch die im 2. Oktober der Mitteilungen des Deutschen Ausland-Instituts („Der Auslandsdeutsche“) an leitender Stelle („König Wilhelm II. von Württemberg zum Gedächtnis“) wiederzugebende Ansprache, welche der Fürst in der Gründungsversammlung des Deutschen Ausland-Instituts seinerzeit (10.1.17) unvorbereitet, doch gerade deshalb von um so tieferer Wirkung, gehalten hat. Sie lautete:

„Es ist nur ein Bedürfnis, wenige Worte an Sie zu richten. Ihnen allein, die Sie als Vertreter der anderen deutschen Staatsregierungen hierher gekommen sind und die Sie auch ein persönliches Interesse bekundet haben, wärmten Dank! Roll und ganz kann ich mich allen Worten und Anschauungen anschließen, die Ihnen aus berechtigtem Munde zu uns gesprochen worden sind. Ich glaube, es ist eine große Tat, daß wir inmitten des Weltkrieges, es ist die tapferen Söhne unseres Landes ihr Blut und Leben in die Schanze schlugen, zu diesem Werk des Friedens hier jähren können, welchem, so Gott will, eine blühende und große Zukunft gebührt. Mögen die Hoffnungen und Erwartungen, welche die Gründer des Werkes ausgesprochen haben, in vollem Maß in Erfüllung gehen! Meiner wärmsten Unterstützung und meines lebhaftesten Interesses können Sie versichert sein! Und ich glaube, daß wir in diesem neuen Jahre, das uns, so Gott will, den Frieden

langst erschienenen „Handbuch der Preuss. Unterrichtsverwaltung“ weist die Universität Berlin die meisten Promovtionen auf, nämlich 537, es folgen Greifswald mit 416, Bonn mit 243, Kiel mit 200, Breslau mit 195, Marburg mit 185, Göttingen mit 162, Münster u. Frankfurt a. M. mit je 138, Königsberg mit 112, Halle mit 71 und Köln mit 52. In den einzelnen Fakultäten promovierten: in den evang.-theologischen sowie in den katholisch-theologischen Fakultäten je 8, in den juristischen Fakultäten 539 in den medizinischen Fakultäten 1197, in den philosophischen Fakultäten 845 und in den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten 52.

Die Genossenschaftspolitik der Sowjetregierung.

IV. (Schluß).

—y—. Seit Anfang Okt. hat der Einheitskonsumverein der Arbeiter von Lissie seine Tätigkeit begonnen. Auch die Arbeiter des Land- und Wassertransportwesens haben ihre Konsumvereine reorganisiert. In Datum sind, nach vorhergegangener Registrierung, einige Genossenschaften zu einem Einheitskonsumverein der Arbeiter verschmolzen und die nicht zum Arbeiterstande gehörigen Mitglieder derselben in andere Genossenschaften übergeführt worden. Auch in Gori und Sigmach sind Arbeiterkonsumvereine eröffnet worden. Das Verpflegungskommissariat ist zusammen mit dem Rat der Genossenschaften bemüht, in allen Gegenden der Republik die Arbeiter in solche Konsumvereine zusammenzuschließen; und am 20. X. ist vom Rat der Genossenschaften die Schaffung eines Zentrums der Arbeiterkonsumvereine beschlossen worden, welches in Konsumvereinstagen unter der Arbeiterkassette in Stadt und Land aufzuklären wirken soll. Auf diese Weise soll dann ein Einheitskonsumverein der Arbeiter für ganz Georgien geschaffen werden. Das Revkom der Republik hat diesem Konsumverein bereits Anfang Oktober einen Kredit in Betrage von 5 Milliarden Kol. eröffnet.

Obwohl die Arbeiterkonsumvereine, dem Sinne der russischen Genossenschaftspolitik nach zu urteilen, nur innerhalb der die ganze Bevölkerung umfassenden Einheitskonsumgenossenschaften (BHO der Städte oder der ländlichen Bezirke) gebildet werden können, haben sich die zuständigen Behörden u. Organisationen hier—wohl besonders an einem Grunde—gezwungen gesehen, zeitweilig von diesem Prinzip abzuweichen. Eine Verdrängung der bestehenden Konsumvereine würde, wie es die Erfahrung in Rußland lehrt, eine geraume Zeit beanspruchen, dem Verpflegungskommissariat, aber nur in erster Linie darum zu tun die Verpflegungsgelände, unter der ja die Arbeiter und Angestellten am meisten zu leiden hatten, nach Möglichkeit

bringen wird, stolz und erhobenen Hauptes in die Zukunft blicken können und daß wir von diesem Museum reichen erprießlichen Segen und ein großes Werk des Friedens erleben dürfen. Es wird viel Geduld und Fleiß erfordern bis nach dem Friedensschluß alle die zum Teil zerstückelten Verbindungen wieder aufleben und neue sich anknüpfen lassen. Das es gelingen wird, verbürgt unser deutsches Name. Und ohne Heberhebung wiederhole ich die Worte eines Rednerers: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein, und wir alle sind es!“

Beziehung des Königs von Württemberg.

Die Beziehung des Herzogs Wilhelm zu Württemberg fand am 7. Okt. in Ludwigsburg in der einfachsten schlichten Weise statt, die den letzten württembergischen König stets auszeichnete. Von dem Jagdschloß Besenhausen aus wurde die Leiche in der Frühe des Tages durch einen Kraftwagen nach dem Landhause des Herzogs Marienthal bei Ludwigsburg verbracht, wo die Leiche vom übergehenden aufgebahrt wurde. Von hier aus bewegte sie der Trauerkondukt unter Glockengeläute durch ein Spaltes von Reichswache, Schützen und Vereinen, hinter dem sich unübersehbare Menschenmassen drängten, zum Alten Friedhof, wo die Beisetzung an der Seite der ersten Gemahlin des Herzogs in einem einfachen Grab erfolgte.

Im Trauergefolge befand sich der einjährige königliche Hofstaat, die Witwe Herzogin Charlotte zu Württemberg und die Tochter Fürstin Pauline zu Wied mit ihrem Sohn

abzuschwächen. Doch ist die Verschmelzung oder besterben Konsumvereine zu einem allgemeinen bürgerlichen Einkaufskonsumverein, wie eben gesagt, schon erwogen worden. Nach befreierender Lösung der Frage wird wohl mit der Zeit der Einheitskonsumverein der Arbeiter als Zweigorganisation mit dem allgemeinen bürgerlichen vereinigt werden. Aber auch in entgegengekehrten Falle wäre eine vollkommen gesonderte Stellung des Arbeiterkonsumvereins nicht zweckmäßig. Als maßgebend sei hier die Meinung des Verpflegungsgenossenschafts angeführt, der im Juli in Tiflis sagte. Derselbe bezeichnet die Schaffung von Arbeiterkonsumvereinen überall, wo ein Minimum von 300 Arbeitern vorhanden ist als eine Angelegenheit der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen, meint aber gleichzeitig, „aus geschäftlichen sowie ideellen und Organisationserwägungen müßten die Arbeiterkonsumvereine die Beziehungen zu den allgemeinen Genossenschaftsverbänden nicht abbrechen; sie müßten vielmehr den Kreisverbänden und dem Zentralverbände der Genossenschaften Georgiens, dem Zentralrat, beitreten. Dadurch würden sie Fühlung mit den bauerlichen Genossenschaften, ein Umstand, der von größter politischer und wirtschaftlicher Bedeutung ist.“

In Uebereinstimmung mit dem, unseren Lesern bereits bekannten, Wirtschaftspläne der Moskauer Sowjetregierung hat auch das georgische Verpflegungskommissariat mit dem Zentralkomitee bereits einen Generalvertrag abgeschlossen, laut dem letzterem die Beschaffung der verschiedensten Verpflegungsartikel und Rohmaterialien für den Staatsfonds übertragen wird. —

Die Produzentengenossenschaften sind, wie schon gesagt, in Georgien sehr schwach entwickelt.

Für einen Agrarstaat, wie Georgien, ist natürlich die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften von größter Bedeutung. Der Zusammenschluß einzelner kleiner Wirtschaften zwecks Hebung ihrer Ertragsfähigkeit durch Anwendung moderner Bearbeitungsmethoden u. a. m., würde auch einen günstigen Einfluß auf die Konsumvereine haben. Die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften jeglicher Art ist in letzter Zeit im Wachsen begriffen. Unter anderem ist in der Kolonie Katharinenfeld ein Winzerverband und in Elisabetha eine Produzentengenossenschaft gegründet worden. Die Ersten und Entwicklung solcher Genossenschaften mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern, ist übrigens auch die Aufgabe der oben erwähnten Verwaltung für Genossenschaftsangelegenheiten.

Ihrer Obhut sind auch die Gewerbe genossenschaften anvertraut, doch ist außerdem noch beim Obersten Rate für Volkswirtschaft eine besondere Abteilung für Heimgewerbe („kyornpom“) gegründet worden,

welche nicht nur die Gewerbe genossenschaften und -artell zu überwachen hat, sondern auch einzelne Handwerker und kleine Werkstätten sammeln und verschmelzen, ihnen die notwendige finanzielle und technische Unterstützung und Förderung zuzulassen lassen und mit ihnen Arbeitsverträge abschließen soll. Zu den größten Gewerbe genossenschaften wird wohl der „Remfuit“ gehören, eine Genossenschaft, die alle Tischler Handwerker der Heimindustrie zusammenschließen will. —

Wie aus obiger Darlegung zu ersehen ist, liegen der Genossenschaftspolitik Georgiens die Prinzipien der russischen Genossenschaftspolitik zu Grunde. Die erforderliche Durchführung derselben erscheint selbstverständlich, daß eine genügende Anzahl erfahrener Männer zu Gebote stehe und der rechte Mann am rechten Orte sei. Um dieses Ziel zu erreichen, hat wohl die Verwaltung für Genossenschaftsangelegenheiten bereits am 24. V eine Regirierung aller gewählten u. sonstigen Genossenschaftsarbeiter, sowie auch aller theoretisch gebildeten Genossenschaftler angeordnet. —

„Der finanzielle Zustand Georgiens“.

(Bericht über den Vortrag des Finanzkommissars der S. S. R. Georgien Swandse.)

Der Vortrag fand am 10. d. Mts. in Tiflis im Zentral-Arbeiterklub statt. — Redner begann mit einem Hinweis auf den bekannten Beschluß des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees betreffs Wiederherstellung der Geldwirtschaft in Sowjet-Rußland. — Daß die finanzielle Lage Georgiens sehr schwer sei, führt Redner fort, merke der Arbeiter an sich selbst. Bei Umrechnung der Naturalien in Geld bekomme ein Arbeiter heutzutage einschließlich seines Gehalts ca. 360 000 Rbl. monatlich, wogegen das Existenzminimum in Tiflis über 2 Millionen betrage. Es herrsche eine große Teuerung. Nach einigen Betrachtungen über die Bedingungen, welche Preissteigerungen hervorbringen können, kommt Redner zum Schluß, daß wie es hier, in Georgien, mit der bödsartigen Spyzies der Teuerung zu tun haben, welche durch einen Mangel an der Produktion und die übermäßige Verneuerung des Papiergeldes bedingt sei. Die Expedition zur Anfertigung von Staatspapieren, welche nach wie vor so ziemlich die einzige Geldquelle der Regierung bilde, fertige zurzeit 600—700 Millionen Rubel täglich an, die sofort in Umlauf gesetzt würden. Sie sei die Grundursache des Übels und müsse beseitigt werden. Doch zwar wäre eine andere, an Erzielbarkeit wenigstens annähernd gleichwertige Einnahmequelle ausfindig zu machen. Als solche kämen in erster Linie die Steuern, die direkten sowie namentlich die indirekten, in Betracht. Da aber mit Hilfe dieser im aller-

Jahren haben sich bereit erklärt, Kinder, die beide Eltern verloren haben, an Kindesstatt anzunehmen. Abderhalden, ein geborener Schweizer, ist Leiter der deutsch-schweizerischen Kinderfürsorge.

Was ist ein Butsch?

Das Wort stammt aus der Schweiz. Es ist ein mundartlicher Ausdruck des Zürichers für einen Muffel und geringeren Umfanges. In Zürich gab es denn auch den ersten Butsch, und zwar im Jahre 1839. Damals war der bekannte freimüthige Theologe David Friedrich Strauß an die Universität Zürich berufen worden. Der Professor des „Leben Jesu“ galt als Gottesläugner, und deshalb werden über seine Berufung nicht nur orthodoxe Geistliche, sondern auch weitere Volkseleite entrüthet. Um eine Kundgebung zu veranstalten, zogen 4000 Bauern, die von konservativen Jurokraten und Pfarrern gegen die liberale Regierung aufgestellt waren und die zum Teil mit Prügeln, Dreißigkugeln, aber auch einzelnen Flinten bewaffnet waren, gegen Zürich. Hier standen Militär und Studenten bereit, um einen etwaigen Angriff abzuwehren. Es kam zu einem Zusammenstoß, infolgedessen die Butschisten unter Zurücklassung von Toten und Verwundeten fliehen mußten. Die Regierung über sah sich genöthigt, die Berufung von Strauß zurückzuziehen.

günstigen Falle eine Summe von nur 80 Milliarden Rbl. (7 Milliarden direkte, ca. 73 Milliarden indirekte) aufgebracht werden konnte, die, durch einige andere Einnahmeposten vermehrt, auf höchstens 110 Milliarden Rbl. anstiege, die Ausgaben des Staats aber, nach den bisherigen Erfahrungen, sich auf ca. 300 Milliarden belaufen würden, so sei eine Einschränkung der letzteren nach Möglichkeit ein Gebot der Nothwendigkeit. Das aber konnte auf zweierlei Weise geschehen: erstens, durch Herabsetzung der Zahl der Angestellten und zweitens, durch zweckmäßige Verwendung der Kredite seitens der einzelnen Kommissariate. — Nach Darlegung entsprechender statistischer Daten folgert Redner aus ihnen, daß die Zahl der Staatsangestellten im Durchschnitt 5 bis 6mal größer sei als zur Zeit der zarenistischen Regierung. Dieses Wachstum entspreche keineswegs einem dringenden Bedürfnis. Die Zahl könne daher ruhig nach dem früheren Maßstab reduziert werden. — Redner geht darauf zu einer längeren Betrachtung der Tätigkeit einzelner Kommissariate über. Er wolle, sagte er, keinem von ihnen zu nahe treten, doch werde hinsichtlich mancher Kommissariate, wenn man die angewandten Bestallungen und Geldmittel mit den erzielten Resultaten vergleicht, die Zweckmäßigkeit ihrer geordneten Existenz fraglich. Eines der wichtigsten Kommissariate sei z. B. das Verpflegungskommissariat. Es erhalte vielfach über die Hälfte aller verfügbaren Summen der Staatskasse, trotz dieser großen Kredite sei es ihm aber bisher nicht gelungen, wenigstens seine direkte Aufgabe, die Verpflegung der Arbeiter, auch nur annähernd befriedigend zu lösen. (Redner führt hierbei Daten über die Rationen der Arbeiterschaft an.) Das Verpflegungskommissariat erkläre, es könnte diese Aufgabe nur dann ganz lösen, wenn die Regierung die Emission des Papiergeldes noch um eine gewisse Summe (sie wird angeführt) vergrößerte; und den ganzen Betrag der Emission ihm reisslos überweise! Das sei selbstverständlich ein Unbünd. Bedäufte man hierbei noch, daß jedes Pfund Brot, welches die Arbeiter als Nahrung erhalten, dem Staate auf ca. 12 000 (1) Rbl. zu stehen komme, während es auf dem Markte für 4000 Rbl. zu haben sei, so sei die Frage doch wohl berechtigt, ob es zweckmäßig sei, das das Verpflegungskommissariat fortbestehe. Die Verpflegung der Arbeiter könnte den Konsumgenossenschaften übertragen werden, und lediglich die Ueberwachung dieser Operation wäre Sache des Verpflegungsamts, das fortan bloß als Abteilung eines anderen Kommissariats zu denken wäre. — Ein nicht minder wichtiges Ressort sei das Landwirtschaftskommissariat. Dergleichen es dem Staate die größten Einnahmen geben sollte, habe es ihm bisher doch nur Ausgaben verursacht. Der Grund dessen liege unter anderem darin zu suchen, daß alle Erzeugnisse der Staatsgüter und anderer Unternehmen des Kommissariats verschiedenen Institutionen unentgeltlich überlassen würden. Dieses sei ganz unzulässig; alles müsse auf eine kommerzielle Basis gestellt werden. „Eigene und Fremde“ hätten alles, was sie brauchen, käuflich zu erwerben, und zwar zu Preisen, die für den Staat vorteilhaft wären. Auch der Oberste Volkswirtschaftsrath müsse alle nationalisirten großindustriellen Unternehmen gehörig, mit Wahrung des notwendigen Vorbehalts, führen. Allerdings sei deren Zahl sehr gering, so daß von einer Großindustrie bei uns vorhanden kaum die Rede sein könne (nur ca. 115 industrielle Unternehmen hätten es über 100 Arbeiter.) Die meisten Unternehmen würden gegenwärtig in Arrede gegeben, so daß dem Volkswirtschaftsrath nur noch die Rolle eines Rechtsbeistandes des Staates bei Abschließung der Arredeverträge verblieben sei. Als solcher könne er aber, wie auch das Landwirtschaftskommissariat, einer anderen Behörde als Abteilung einverleibt werden. — Dasselbe gelte für das Kommissariat der sozialen Fürsorge sowie für das Kommissariat der Gesundheitspflege, welche zwar große Pläne realisiren wollten, jedoch trotz aller Kredite die franken Arbeiter in den nationalisirten Kurorten nicht zu versorgen wüßten. — Zum Schluß führt Redner die Summen an, welche den einzelnen Ressorts vom Staate ausbezahlt worden sind, und vergleicht sie mit den von denselben in die Staatskasse abgeführten Beträgen. Redner hält eine Reduktion der Kommissariate von 18 auf 5 für zweckmäßig und verspricht sich von der Durchführung dieser Maßregel eine beträchtliche Verringerung der Ausgaben. — Ferner empfiehlt Redner allen Institutionen für ein Jahr, oder zum mindesten für drei Monate, im voraus Kostenanschläge (Budgets)

der Großherzog von Baden und Prinz Sigismund von Preußen, sämtliche württembergische Herzöge sowie eine Reihe weiterer Fürstlichkeiten, ferner die sämtlichen Mitglieder des gegenwärtigen Staatsministeriums, sowie die früheren Mitglieder des Königs, das Landtagspräsidium, die evangelische Kirchenregierung, der katolische Landesbischof, Vertreter des Adels, der württembergischen Städte, der Jurungen und Vereine.

Entsprechend dem Wunsche des Herzogs wurden am Grabe keine Reden gehalten, dafür sprachen der Ludwigshurger Garnison-Führer sowie der einjährige Oberpostbefehlshaber Major Dr. Hoffmann tiefempfundene Gebete. Unter dem weidewollen Klänge des Liedes „Nun schläft der Sold“ wurde der Sarg in die Gruft gesenkt. Mit dem Liede „Nag aus die Liebe weinen“ fand die Trauerfeier ihr Ende. Die Bevölkerung, die aus dem ganzen Lande hierher geeilt war, zog dann hinstehend in endlosem Zuge am Graue ihres einstigen Königs vorüber.

(„Dtsche Allg. Ztg.“)

Oppauer Kinder in der Schweiz.

Dem Professor der Universität Halle Geheimrat Abderhalden ist es gelungen, für mehr als 350 Kinder aus Oppau Unterkunft in der Schweiz zu finden. Es handelt sich um Kinder, die bei der Katastrophe, über die wir neulich berichteten, selbst Schaden gelitten haben und um solche, deren Väter verunglückt sind. Berichtete Schweizer

aufzuspellen und sie dem Finanzkommissariat einzufenden. Bei Bitten um Kreditöffnung müsse das Staatsbudget berücksichtigt werden, was ausdrücklich zu betonen sei, da bisher nicht selten Summen erbeten wurden, die dank ihrer Ungeheuerlichkeit mit dem Staatsbudget nicht in Einklang gebracht werden konnten. Die erbetenen Kredite müssten dann auch aufs zurechnungsfähigste verwandt werden, um auf diese Weise mit den geringen Mitteln wenigstens die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen. Jegliche eingenommene Summe müsste sofort in die Staatskasse eingezahlt werden. Der Finanzkommissar wäre dann imstande, im Verhältnis zu den einlaufenden Summen die Emission allmählich zu verringern, wodurch eine stetige Gesundung der Geldwirtschaft herbeigeführt werden könnte und der Staat die Möglichkeit gämnne die Arbeiter mit der nötigen Menge von Geldzeichen zu versehen, mittels deren sie sich auf dem Markt dann selbst versorgen könnten. — Schließlich resümiert Redner seinen Vortrag in einer Reihe von Thesen, die er der Regierung zur Begutachtung vorzulegen gedenkt. — Nach dem Vortrage beantwortete Redner noch einige Fragen, die ihm von den Zuhörern gestellt worden waren.

—y—

Den Arbeitern am deutschen Kulturwert im Kaukasus Heil! Heil! Heil!

Unser Landsmann E. Walker-Katharinensfeld (Georgien) schreibt uns aus Württemberg, wo er sich zurzeit studienlos befindet, nachfolgend unverkürzt wiedergegebenen Brief (datiert vom September, uns zugegangen erst im November), welcher um der mancherlei zeitgemäßen Betrachtungen willen, die er enthält, und um seines ganzen schaffensfrohen Tones willen es wohl verdient, von uns Deutschen hier insgesamt gebührend beachtet zu werden, mag auch das, was der Verfasser des Briefes an politischen Rück- u. Ausblicken gleichfalls mitteilen zu müssen glaubt, den meisten von uns hinlänglich bekannt sein und somit überflüssig erscheinen, auch nicht von jedermann so verstanden werden, wie es der Autor versteht und verstanden wissen möchte:

„Hochgeehrte Redaktion! Im Namen einiger hier in Württemberg studienlos befindlicher Landsleute bitte ich Sie, in den Spalten Ihrer wertgeschätzten Zeitung nachfolgendes zu veröffentlichen, — wenn es die Umstände zulassen.“

Wir wurden dieser Tage nicht wenig überrascht durch einen Bericht, der uns als Auszug aus der „R. P.“ unter dem Titel: „Die ersten Abiturienten des Deutschen Realgymnasiums in Tiflis“ zugesandt wurde. Es ergab sich daraus für uns, besonders wenn wir die nebenbei noch erhaltenen Nachrichten in Betracht zogen eine Menge von Annahmen, die uns glücklich machen. Ahnten wir ja doch nicht einmal, daß die „R. P.“ noch existiert! Wir wollen uns indessen nicht in Annahmen ergeben, sondern aus der Tatsache, daß die Zeitung weiter erscheint und nach allem, was wir nun von ihr wissen und sonst über die gegenwärtigen Verhältnisse bei Ihnen, in Georgien, vernommen haben, die Konsequenz ziehen; daß sie auch unsere kleine Zuschrift aus Deutschland wird aufnehmen können.

Wir wollen nicht viel bringen, zum ersten aber dem anscheinend wiedererwachenden Geiste edlen Strebens in unseren lieben Kolonien ein jubelndes Heil! zurufen.

Die Lösung aller völkisch denkenden Deutschen ist heute — der Wiederaufbau. Die ganze Welt auf einzelne Glieder der Entente, haben heute eingesehen, daß Deutschlands Untergang einen Riß in der Weltwirtschaft bedeuten würde, der nicht gut wieder geheilt werden könnte. Darum versteht man neuerdings unter Wiederaufbau nicht die Wiederherstellung Deutschlands allein, sondern die Wiederherstellung der ganzen Weltwirtschaft, die aber nur dadurch zu ermöglichen wäre, wenn in erster Linie Mittel-Europas (d. i. Deutschlands) Fabriken und der deutsche Handel wieder in friedensmäßigen Gang gebracht würden. Tausend Uebel verhindern aber vorderhand noch die Durchführung dieses aller Welt Segen versprechenden Planes. Es geht dabei hauptsächlich so zu, wie das alte schwäbische Sprichwort sagt: „Der eine hehlt's und der andere läßt's nicht fahren!“

Es ist nicht etwa in Deutschland, daß man müßig

geht und vor lauter Nichtwissen was-tun die Fliegen an der Wand zählt. In Deutschland wird fleißig gearbeitet, wie heute in keinem andern Lande der Welt. Die Siegerstaaten und die Neutralen mit ihrem hohen Valutastand sind bis aufs äußerste um Arbeitslosigkeit beängstigt, weil alle Welt in Deutschland bestellt, das dank seiner niederen Valuta alles um den halben Preis liefern kann. Daraus ist aber bisher Deutschland noch kein Segen erwachsen, denn Deutschland mag noch so viel leisten, der Verdienst wird trotzdem in die Kassen der Entente fließen, bis die 132 Goldmillarden abgezahlt sein werden. Aber nicht einmal das wollen England und Frankreich dulden, daß Deutschland arbeitet und bezahlt, denn alles was die deutschen Fabriken herstellen, bringt die englische u. französische Industrie um möglichen Gewinn. Darum wurden der deutschen Industrie alle erdenklichen Hindernisse in den Weg gelegt und Dinge hierzu eronnen, die sogar über den Versailles Vertrag hinausgehen, z. B. Sanktionen, die Ausfuhrzölle, die oberflächliche Frage etc.

Wiederaufbau bedeutet für Deutschland wieder einen Platz an der Sonne gewinnen, wo es arbeiten und frei atmen könnte. Das läßt aber der Friedensvertrag von Versailles nicht zu. Er bindet Deutschland an Händen und Füßen, man ließe es am liebsten im letzten Winkel der Erde ohne Sonne, ohne Licht verschmachten. Der Friedensvertrag hat aber seinen Hauptstützpunkt in dem Mißtrauen, das die ganze verkehrte und falsch unterrichtete Welt, die Deutschland die Hauptschuld am Kriege zuschreibt, diesem immer noch entgegenhält.

Deutschland muß den Wiederaufbau durchführen nicht nur der Dabiger der Ententemächte und der übrigen Welt zuliebe, sondern in erster Linie um seiner selbst willen, und da es sich dabei nicht nur um das Sein oder Nichtsein des Deutschen Reiches, sondern des Deutschums überhaupt handelt, so glaubt das deutsche Volk — und zwar mit Recht —, die Mitarbeit aller gleichgesinnten Volksgenossen auch außerhalb Deutschlands in Anspruch nehmen zu dürfen. Das deutsche Volk ist bereit, allen seinen Spießglingen in der Welt draußen jederzeit nach bestem Können alle mögliche moralische und materielle Unterstützung anzugewähren zu lassen. Daß diese Bereitschaft nicht nur eine papierne ist, dafür sind Sie selbst Zeugen. Wir unsrerseits wollen hier bezeugen, daß wir in Deutschland wie Deutschlands Ehre aufgenommen sind. In allen atademischen Kreisen sind wir mit den reichsdeutschen Studenten gleichgestellt, namentlich auch hinsichtlich der Gebühren, die sonstige Ausländer bekanntlich nach viel höheren Sätzen zu entrichten haben. An fast allen Hochschulen Deutschlands gibt es heute Vereine studierender Auslandsdeutschen und auslandsdeutscher Landsmannschaften, so Vereine: studierender Schwarzmeer- bzw. Wolgakolonisten, studierender Balten, Siebenbürger, Banater usw. Diese Vereine genießen alle das volle Vertrauen der Behörden, und von der deutschen Studentenschaft werden ihnen ganz besondere Sympathien entgegengebracht. Die Pflege des Auslandsdeutschums ist mit dem Grundlanddeutschstum der deutschen Studentenschaft heute eine heilige Aufgabe, der sie sich mit Eifer hingibt. Auf die Kenntnis der Eigenart der verschiedenen Gruppen und ihrer Länder, ihrer Geschichte und ihrer Bedeutung für das Deutschum überhaupt, wird großer Wert gelegt. Um dies alles bequem kennenlernen zu können, werden an den Hochschulen Lesezimmer eingerichtet, wo die ganze einschlägige Literatur, Bücher und Zeitschriften, in sehr großer Auswahl zur händigen Lektüre ansiegen. Chäffer, Abkömml. Banater Schwaben, Siebenbürger Sachsen, Balten, Bessarabier, Don-Deutsche u. Kaukasier sind in diesen Räumen stets neben reichsdeutschen Interessenten anzutreffen.

Ein solches Interesse wie heute ist uns Auslandsdeutschen im deutschen Vaterlande noch nie entgegengebracht worden. Das deutsche Volk holt reichlich ein, was es in früheren Jahren veräußert hat, und es findet sich dazu bereit mitten in seinem unaussprechlichen Elend, ungeachtet des furchterlichen Druckes, den der Friedensvertrag in allen Hinsichten auf sein Leben ausübt, und mitten in dem harten Kampf, den es um sein Dasein immer noch gegen die ganze Welt zu führen hat.

Deutschland ringt nicht auf neue um eine militärische Machtstellung, wie sie es war, welche die unglückliche Korjunktur von 1914 herbeiführen half, sondern um die Erhaltung seines Volkes und seiner durch Jahrhunderte gewöhnten und bewährten Kultur und damit zugleich um

die Erhaltung der europäischen Kultur überhaupt. Darum ist es ihm auch möglich, ohne Scheu vor Verleumdung wegen angeblichen Imperialismus, Pangermanismus etc. die Hilfe seiner Volksgenossen in aller Welt, ja jedes Einzelner, möge er stecken wo er will, anzurufen und anzunehmen. Denn diese Hilfe wird hauptsächlich darin bestehen, der Welt, der jeweiligen nächsten Umgebung, dem jeweiligen Fremdbolle die Augen zu öffnen über das große Unrecht von Versailles. Vorzüglich sind dazu auch wir Kolonisten im Kaukasus und im ganzen ehemaligen Rußland geeignet. Wir wollen unser Scherflein zur Erhaltung des Deutschums und damit des edelsten Teiles der menschlichen Kultur beitragen, indem wir, erstens, unser eigenes Klein Händlein jederzeit hochhalten und dadurch das Ansehen der Deutschen in der Welt wieder herstellen helfen und, zweitens, durch direkte Belehrung über den eigentlichen Sinn des Paktes von Versailles, der, bei rechtem Lichte betrachtet, ein Teufelspakt ist.

Wir sind in dieser edlen Aufgabe in eine bedeutungsvolle Ecke der Welt gesetzt, an das gewaltige Durchgangstör zwischen Europa und Asien, und in eine zu besagtem Zwecke sehr günstige Umgebung, wo sich die unübersehbar muslimännische Welt, die zahlreichen Völker Afrikas, berühren mit dem großen russischen Volk, das gewiß noch eine große Rolle in der Zukunft spielen wird. Die Geographie sind ja den Deutschen ohnehin gut gekannt; die Russen, wie anzunehmen ist, auch um die muslimännische Welt gleichfalls. Aber wie viele Vertreter dieser Völker dürften sich wohl die Mühe gemacht haben, die Konsequenzen des Versailles Vertrages wirklich in Erwägung zu ziehen, wozu erforderlich wäre, ihn vorerst gründlich zu studieren, wenn doch selbst so viele Deutsche in Deutschland das noch nicht getan haben und auf die Notwendigkeit dazu auch hier immerfort hingewiesen werden muß. Es ist das kein ethnographisches und kein imperialistisches Unterfangen, sondern ein Dienst gegenüber der ganzen Menschheit, dem soll die Welt in Frieden wieder bestehen, dann muß ein Vertrag, der ein Volk von 70 Millionen, das unteilhaftig kulturell wertvollste Volk der Erde, der Sklaverei verurteilt und der glauben machen will, daß dieses Volk allein die Schuld an dem großen Kriege habe, aus der Welt geschafft werden.

Auch ist es noch lange nicht eng-nationalistisch, wenn wir unser eigen Händlein hochhalten, denn wenn wir das unter verstehen und verstehen haben wollen, daß wir die alten guten Eigenschaften unseres Volkes, den beharrlichen Fleiß und die zähe Ausdauer, unsere deutsche Treue, Ehrlichkeit und Pünktlichkeit erhalten, hegen und pflegen sollen, so dürfen wir diesbezüglich doch wohl auch stets mit ruhigen Gewissen vor alle Welt hinstreten.

Daß man in dieser Beziehung bei uns zuhause, wo es scheint, wieder auf gutem Wege ist, das beweisen die letzten Nachrichten von dort, die wir zusammenfassen möchten in die Worte eines jungen Berichterstatters aus der Heimat, der von „unserm geistigen Aufschwung“ spricht das beweisen die hoffnungsvollen Zeiten, die über den großen Tag des 17. Juni, über die Abgangsfeste der ersten Abiturienten des deutschen Realgymnasiums in Tiflis berichten. Mit solchen Taten tragen auch wir zum Wiederaufbau bei! Und wir richten so am besten das Ansehen des Deutschen im Auslande bei allen Völkern wieder auf. Habret fort in dem einen, vergeßt aber auch nicht das andere, vergeßt das Studium des Versailles Vertrages und seine Verkündigung nicht, vergeßt nicht, daß das Mägen von der deutschen Schuld am Kriege aus der Welt geschafft werden muß und die Fesseln des Teufelspaktes fallen müssen, wenn das deutsche Volk wieder frei zum Leben und zum Arbeiten — gewinnen soll.

Allenhalben wünschen wir Landsleute hier Euch Eurem Wirken Glück und Gottes Segen und rufen es nochmals den Arbeitern am deutschen Kulturwert im Kaukasus und allen unsern wieder zu neuem Streben sich anstehenden Landsleuten zu: „Heil! Heil! Heil!“ — Tausendmal in Württemberg, September 1921. E. Walker

Herausgeber: Der Z.-B. des Verbandes der transkaukasischen Deutschen. — Für die Redaktion verantwortlich: Cass. jur. Alexander Fufajeff, im Auftrage des Redaktionskomitees.